

Kapitalisten entdecken Sozialismus



Foto: Martine May

Arbeitsminister Biltgen: „Durch Sicherheit am Arbeitsplatz 2,5% des Bruttosozialprodukts sparen“

Carlo Kass

Spätestens seit die Spekulationsblase der „New Economy“ platzte, hat sich bei den großen Weltfirmen der Begriff der „Stakeholders“ und der damit verbundenen sozialen Verantwortung eingeschlichen, die selten ohne das andere Schlagwort der Postmoderne, der nachhaltigen Entwicklung, daherkommt.

Seit dieser trüben Zeit nach der Jahrtausendwende hat diese Diskussion auch in Luxemburg Fuß gefasst. Gestern nun spran-

gen die Firmen Cargolux, SES Global, Arcelor Mittal und die Staatssparkasse vor den von der Caritas gezogenen Wagen und unterzeichneten eine sogenannte „Charte d'entreprises pour la responsabilité sociale et le développement durable“, in der sie sich engagieren, ihr Management dem wirtschaftlichen Umfeld, den Interessen ihrer Mitarbeiter, dem natürlichen Umfeld und der lokalen Gemeinschaft anzupassen.

Die Unterzeichner sehen dieses Dokument als offenes Angebot an alle weiteren Firmen, die sich zu einem späteren Zeitpunkt diesem sozialen Engagement an-

schließen möchten. So einfach sehen es die Vertreter der Luxemburger „Confédération de commerce“ aber nicht, obwohl deren Präsident Erny Lamborelle bei der anschließend von der Handelskammer organisierten „Rencontre luxembourgeoise autour de la responsabilité sociale des entreprises“ für eine einzige nationale Charta in diesem Bereich plädierte, die alle wirtschaftlichen Interessen, auch die der kleinen und mittleren Betriebe, in Betracht ziehen muss.

Der organisierte Handel will eine Koordination aller bestehenden Initiativen in diesem Be-

reich. Zu diesem Zweck stellte Erny Lamborelle denn auch die Initiative „Mouvement ESR.lu“ der Handelskonföderation vor, die sowohl komplementäre Initiativen wie „SuperDrecksKëscht“ oder „Mouvement luxembourgeois de la qualité“ einschließt wie auch den Dialog mit Gewerkschaften, nichtstaatlichen Vereinigungen und öffentlichen Stellen pflegt.

In diese Bresche einer einzigen nationalen Sozialcharta für Betriebe sprang auch Arbeitsminister François Biltgen, der, nicht zuletzt weil er laut eigenen Aussagen vor drei Jahren die Diskussion um die ethische und moralische Verantwortung der Unternehmer lostrat, sich erfreut darüber zeigte, dass heute auf allen Ebenen der Wirtschaft über diese Problematik nachgedacht wird.

„Are human rights the business of business?“

Zusammen mit Wirtschaftsminister Jeannot Krecké wurde der Arbeitsminister denn auch vom Regierungsrat mit der Koordination der Projekte beauftragt, bei denen der Staat kein Initiativrecht beansprucht. Denn die Firmen hätten Verantwortung für ihre Mitarbeiter, Kunden, Zulieferer und ihr lokales Umfeld zu tragen. Ihn, als Arbeitsminister, habe hier aber nur der erste Punkt zu interessieren, meinte François Biltgen, der auch daran erinnerte, dass allein mit einem 100-prozentigen Konzept für Sicherheit am Arbeitsplatz, wenn eine solche denn umsetzbar sei, nicht weniger als 2,5% des Bruttosozialproduktes eingespart werden könnten.

Gastredner bei diesem „Luxemburger Treffen um die soziale Verantwortung der Betriebe“ war Prof. Dr. Klaus M. Leisinger, studierter Ökonomie- und Sozialwissenschaftler der Uni Basel und Generaldirektor der Stiftung No-variant, der in seinem Beitrag die drollige Frage stellte, ob die „human rights“ vielleicht das „business of business“ sein könnten.